

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 5.

Berlin, den 30. Januar 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. — Jahresbericht des Bezirks Danzig-Westpr. — Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes. — Rudolfsbau: Das Arbeitskammergesetz. Abgelehnte sozialpolitische Beschlüsse des Reichstages durch den Bundesrat. Ausdehnung der Arbeiterkontrolle auf militärische Bauten in Bayern. Zum Reichsarsch für das Malergewerbe. Der Rheinisch-westfälische Verband baugewerblicher Arbeitervereine. Die Lohnbewegung im Holzgewerbe. Vom Casseler Wohnungsmarkt. Die glücklichen „Staatsrentner“. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Ebn. Allenstein. Amberg. Bielefeld. Duderstadt. Grafenwöhr. Großhrehren. Günterleben. Hattzell. Jossa. Langewiese. Lügde. Niederbrecken. Orlitz. Romsthal. Steinbach. Walzen. Winkels. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Siebertafel.

Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften.

II.

Sächsisch-Posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

Der Jahresbericht dieser Genossenschaft zeigt, daß die Zahl der versicherten Betriebe im Jahre 1908 um 178 zugenommen, die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeiter um 7173 abgenommen hat. In „Vollarbeiter“ umgerechnet ergibt sich eine Abnahme von 3824 Arbeitern.

Jahr	Betriebe	Vollarbeiter	insgesamt	durchschnittlich
1908:	8785	68 825	81 041 275	921,87
1907:	8607	90 552	83 430 716	921,21
1906:	8455	91 755	78 651 453	857,17
1905:	8082	87 290	72 718 200	833,06

Auf 1000 Vollarbeiter verunglückten im Jahre 1908 54,7; die absolute Zahl der als verletzt angemeldeten Versicherten betrug 4753. Davon erhielten 1023 Rente. Was die Ursache oder Art der Verletzungen anlangt, so kamen die meisten vor beim Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen, nämlich 315; durch Fall von Leitern, in Vertiefungen usw. 213; beim Auf- und Abladen 144; an Motoren, Transmissionen 91; durch Ueberfahren und Abwurf von Wagen 81; durch Handwerkszeug 42.

Die Genossenschaft ist in fünf Sektionen geteilt. Sie hat fünf technische Aufsichtsbearbeiter angestellt, denen auch die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften übertragen ist. Daß die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und die technischen Aufsichtsbearbeiter der Berufsgenossenschaften zusammenarbeiten sollten, ist im Interesse einer durchgreifenden Unfallverhütung erwünscht. Im Bezirke Breslau hat der staatliche Beamte eine Schutzvorrichtung an dem Horizontalgatter gefordert; der Genossenschaftsbeamte hat bei Weigerung des Unternehmers den Unternehmer unterstützt dadurch, daß er die geforderte Schutzvorrichtung im allgemeinen „als nicht üblich“ erklärte. Auf Anruf entschied aber der Regierungspräsident im Sinne des Gewerbeinspektors. Das Verhalten des techn. Aufsichtsbearbeiters ist unverständlich; dadurch wurden nur Schreiber und Auslagen vergrößert. Aus dem Vorgange ist aber auch zu schließen, daß die Verantwortung der Schuldfrage bei Unfällen durch die Genossenschaftsbeamten, wie wir sie häufig in ihren Berichten finden, nicht immer richtig ist. Es wird darin vielfach darauf hingewiesen, daß die Unternehmer recht sehr bestrebt seien, den Unfallverhütungsvorschriften nachzukommen; die Arbeiter aber in dieser Beziehung viel zu wünschen übrig lassen. Das geschieht auch wieder in dem Berichte dieser B.-Genossenschaft: „Viele Arbeitnehmer verhalten sich gegen Schutzmaßnahmen eher ablehnend als fördernd, sobald sie selbst zu ihrer eigenen Sicherheit Hand anlegen sollen, sind aber immer sehr geneigt, ihre Arbeitgeber zu verächtigen.“ 123 Arbeiter wurden in Strafe genommen. Bestrafungen von Betriebsunternehmern fanden ebenfalls statt, ihre Zahl ist nicht angegeben. Eine Angabe darüber, wie oft die Beamten die Baukontrolle und sonstige Revisionen ausgeübt haben, enthält der Bericht ebenfalls nicht.

Die Zahl der Berufungsfällen, die insgesamt im Jahre 1908 als Rentenbezieher in Betracht kamen, beträgt 8246. An Renten für diese, Kosten des Heilverfahrens, Abfindungen an Verletzte wurden ausgezahlt 941 223 M. Die Witwen, Kinder und Enkel der Getöteten (92) erhielten 328 498 M.

Für Verwaltungskosten wurden ausgegeben 139 201 M., das ist 1,15 M. auf den Versicherten. Der Reservefonds hat einen Bestand von 3 316 892 M.

Sächsische Baugewerks-B.-G.

Jahr	Betriebe	Arbeiter	insgesamt	durchschnittlich
1908:	14 986	74 048	89 569 786	1088,07
1907:	16 251	79 434	85 429 521	1075,48
1906:	14 325	75 978	79 199 698	1042,40
1905:	14 092	73 431	73 490 411	1000,83

Unfallanzeigen wurden im Laufe des Jahres 1908 im ganzen 4850 erstattet. Es kamen somit 378 Verletzte auf 1000 Vollarbeiter, 57 Verletzungen waren tödlich. Im Laufe des Rechnungsjahres wurde an 658 Verletzte, darunter 21 Jugendliche, zum ersten Male Entschädigung bezahlt. Wegen Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften ist von den technischen Aufsichtsbearbeitern der Berufsgenossenschaften gegen 336 Arbeiter Strafantrag gestellt worden. In diesem Berichte wird konstatiert, daß Unternehmer und Versicherte die Durchführung der Verhütungsvorschriften nicht immer für nötig halten. Die sechs Beamten haben bei ihren Revisionen zahlreiche Verstöße festzustellen. Worauf es fehlte, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Unfallverhütungsvorschriften gingen nicht aus	in	Fällen
Geriße waren nicht in Ordnung	999	Fällen
Malergeriße waren nicht vorschriftsmäßig	642	"
Gerißleitern und Laufbrücken entsprachen nicht der Bestimmung	74	"
Gerißmaterial war nicht im brauchbaren Zustand	72	"
Benutzung schadhafter Geriße durch fremde Personen	9	"
Fehlende Träger- und Balkenabdeckungen sowie Brustwehren	4	"
Kaltgruben und sonstige Vertiefungen waren nicht abgedeckt oder eingetrichtert	707	"
Besonderer Nichteinbau zum Aufschieben von Balken und Trägern fehlte	282	"
Bierhandel auf der Baustelle	4	"
Sicherung der Baugruben gegen Einsturz fehlte	5	"
Fehlende Sicherung bei Arbeiten auf steilen Dächern	4	"
Fehlende und nicht vorschriftsmäßige Fensterböden beim Verglasen	2	"
Unvorschriftsmäßige Aufstellung von Fensterputzleitern	6	"
Fehlende Auszahlung bei Schächten in losem Boden	3	"
Fehlende Sicherheitsgaten an Aufzugseilen bezw. Sperklinen bei Winden	1	Fälle
Fehlende Schutzgerüste bei Schornsteinbauten	25	Fällen
Fehlende Inhaltsbezeichnung bei Säureflaschen	9	"
Fehlende Unfallverhütungsvorschriften für Nebenbetriebe	3	"
	11	"
Zusammen	2972	Fälle

Aus den Vorjahren waren noch 4192 Rentenbezieher vorhanden. Mit den im Jahre 1908 hinzugekommenen Verletzten sind es 4850, welche Entschädigungen erhielten, zusammen 793 391 M. Die Hinterbliebenen der Getöteten erhielten 261 855 M.

Die Verwaltung der B.-Genossenschaft kostete 188 811 Mark, 1,72 M. auf jeden Versicherten. Der Reservefonds betrug am Schlusse des Jahres 1908 2 983 197 M.

Magdeburg. Baugewerks-B.-G.

Jahr	Betriebe	Arbeiter	insgesamt	durchschnittlich
1908:	6539	41 260	44 945 276	1039,30
1907:	6431	43 909	45 069 710	1026,43
1906:	6431	43 292	42 520 690	982,18
1905:	6414	38 291	37 892 889	980,60

Die Zahl der Unfälle hat etwas zugenommen, auf 1000 Vollarbeiter entfielen 52,67 Verletzte, gegen 51,31 im Jahre zuvor. Absolut wurden 1908 2173 Personen als verletzt gemeldet, 19 kamen zu Tode. Von den Verletzten erhielten im Laufe des Rechnungsjahres 658 Entschädigung.

Die Genossenschaft hat drei technische Aufsichtsbearbeiter. Die Revisionsstätigkeit derselben erstreckte sich auf Baueinführungen, Abbrüche, Werkstellen, Zimmerplätze usw. Bei groben Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften nahmen sie die Hilfe der Polizeibehörden in Anspruch. Die Beamten stellten zahlreiche Mängel fest: Unfallverhütungsvorschriften waren durch Aushang nicht zur Kenntnis der Behörden gebracht.

Die Rüstungen, besonders in den Kleinstädten und auf dem Lande, waren nicht immer mit der erforderlichen Sorgfalt und mit genügendem Verständnis aufgestellt, denn öfter fehlten Verstreubungen, Fußbretter und Brustwehren.

Die vorgeschriebenen Balkenabdeckungen wiesen öfter größere Lücken auf. An den Treppenaufen, Öffnungen usw. fehlten häufig die Schutzgeländer.

Die Schutzvorrichtungen an den Holzbearbeitungsmaschinen waren teilweise so unzureichend angebracht, daß die Vorkehrungen sich eher hinderlich wie nützlich erwiesen.

Eine Anzahl vorgekommener Unfälle wird näher geschildert: Am 29. Januar verunglückten in R. zwei Zimmerer dadurch tödlich, daß sie von dem durch den Sturmwind umgeworfenen Entlaster des Fabrikdachs, welcher nicht genügend gegen Umschlagen gesichert war, getroffen wurden. — Der Arbeiter L. in S. wurde am 22. Mai durch eine umstürzende Lehmwand erschlagen. Beim Umbau einer Scheune wollte der Besitzer, welcher die Arbeiten in Regie ausführte, eine alte Lehmwand in der Stärke abstemmen und mit Ziegelmauerwerk verkleiden. Da aber die Wand morsch und unterwühlt war, so stürzte sie bei dieser Arbeit um und erschlug den Arbeiter. — Der Arbeiter K. in G. wurde am 26. Januar durch austretenden Dampf verbrüht und tödlich verletzt. Von dem Zylinderdeckel einer Lokomotive wurde das angelegte Auge mit der darin verbolzenen Strebebohle herausgerissen, so daß der freibewegende, hochgespannte Dampf den Unfall herbeiführte.

Im Jahre 1908 bezogen 2923 Verletzte Entschädigungen im Betrage von 466 858 M. Die Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter erhielten 126 519 M. an Renten und Abfindungen.

Verwaltungskosten	80 093 M.
Reservefonds Ende 1908	2 273 477 M.

Sächsische Baugewerks-B.-G.

Jahr	Betriebe	Arbeiter	insgesamt	durchschnittlich
1908:	11 280	84 489	97 937 725	1159,17
1907:	11 371	90 800	104 815 794	1154,35
1906:	12 014	88 850	97 857 479	1101,38
1905:	11 942	92 518	95 015 211	1026,88

Die Arbeitervahl (Vollarbeiter) im Bezirke dieser Genossenschaft hat als im Jahre 1908 den niedrigsten Stand erreicht. Die Zahl der Betriebe dagegen ist gestiegen. Unfälle kamen 4668 zur Anmeldung, 55 auf 1000 Vollarbeiter. 73 davon verletzten tödlich, 337 haben eine dauernde teilweise, drei eine dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. 1028 verletzte Personen erhielten im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt. Die meisten Unfälle sind entstanden durch Fall von Leitern, Treppen und Lutten und in Vertiefungen, 345 Fälle; beim Auf- und Abladen 197 Fälle; bei Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen 190 Unfälle; an Motoren, Transmissionen 63, durch Handwerkszeug 81, durch Ueberfahren, Abwurf von Wagen 45 Unfälle.

Die B.-G. hat zehn technische Aufsichtsbearbeiter. In den Berichten derselben werden die Bauarbeiter-Schutzkommissionen nicht hoch bewertet. Es heißt dort: Auf einem Bau hatte eine solche Kommission eine Betriebsbesichtigung vorgenommen, den der technische Aufsichtsbearbeiter 1/2 Stunde später revidierte. Dabei stellte er eine Reihe Verstöße fest, besonders beim Gerüstbau, während die Kommission nur gefunden hatte, daß der Abort zu hoch und das Treppenhäus abzusperrten sei. In einem anderen Falle ließ sich diese Kommission das Verbandzeug zeigen. Aus den seitens eines ihrer Mitglieder an den Polier gerichteten Fragen ging hervor, daß diese Leute vom Verbandzeug und seiner Anwendung irgendwelche Kenntnis nicht besaßen. (?) Ein Mitglied einer anderen Bauarbeiterschuttkommission sagte dem Aufsichtsbearbeiter in Gegenwart von etwa 15 Arbeitern, er (der Beamte) reise bloß für ihr (der Arbeiter) Geld in der Welt herum. Das Kommissionsmitglied konnte aber seinen Beitrag für die Berufsgenossenschaft nicht angeben. Unter dem Gelächter seiner Arbeitskollegen wurde er über seinen Irrtum aufgeklärt und ihm anheimgegeben, sich selbst mit dem Inhalte der Gesetze und der Unfallverhütungsvorschriften vertraut zu machen, bevor er andere aufkläre. Auf einem Bau wurde die Kommission vom Polier zum sofortigen Verlassen desselben aufgefordert, andernfalls sein Meister Strafantrag nach § 123, 1 des Reichs-Strafgesetzbuchs stellen würde.

Sinnfälligkeit der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wird gesagt:

Im allgemeinen ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Arbeitgeber, die den Aufsichtsbearbeitern mit geringen Ausnahmen möglichst entgegenkommen, mehr Interesse an der Unfallverhütung zeigen als die Arbeiter, die an ihr doch eigentlich in höherem Maße mitwirken können und, besonders die auf den Bauten beschäftigten, sehr viel dazu beizutragen vermögen, daß die Betriebsstellen in ordnungsmäßigem, unzufälligerem Zustand erhalten und dadurch Unfälle vermieden werden.

Wie das „größere Interesse“ der Unternehmer aussieht, zeigt sich in demselben Bericht; es müssen dort auch ihnen eine Reihe von Uebertretungen zur Last gelegt werden:

Die bei den Betriebsrevisionen besonders häufig beobachteten Mängel sind meist wieder dieselben wie in den Vorjahren; sie bestanden in ungenügendem oder unzulässigem Abdecken oder Absperrern der Öffnungen, Vertiefungen und Eingänge; Fehlen der Schutzbänder sowie der Schutzgeländer und Sockelbretter; mangelhaftem Gerüstbau; Nichtbenutzen oder Fehlen der Leibgurte und Leitern bei Dacharbeiten. Ferner wurde an Holzbearbeitungsmaschinen der Mangel von vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen (Spaltkeile, Umwehung der Riemen, vorschriftsmäßiges Verkleiden der Sägeblätter und Messerplatten) festgestellt.

Die jetzt geltenden Unfallverhütungsvorschriften oder einzelne Teile hiervon fehlten auf einer großen Anzahl Betriebsstätten, oder sie waren unleserlich geworden bzw. zerrissen. Der Aushang (gemäß § 56 Abs. 3 des Gesetzes) über die Betriebszugehörigkeit wurde gleichfalls oft vermisst. Die vorgeschriebenen Warnungsschilder waren fast überall vorhanden. Die Unterhakenräume der Arbeiter befanden sich nicht selten in unzureichendem oder unvorschriftsmäßigem Zustande.

Ueber gerichtliche Beurteilungen wegen Verschuldens von Unfällen ist folgendes bekannt geworden. Infolge Verwendung eines vorschriftswidrigen Gerüstes bei Erhöhung eines Dampfhorizontus, die ohne baupolizeiliche Genehmigung vorgenommen war, wie sich bei Erlass des beantragten Bauverbots herausstellte, wurde der be-

treffende Unternehmer zu einer Woche Haft verurteilt. Ein Küstnermann wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung infolge eines Gerüststurzes zu 20 M Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Küstnermeister eines Malergeschäfts wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einer Saaleinrichtung ein angekauftes Mieselholz benutzte und dadurch den Zusammenbruch des Gerüstes, bei dem 6 Arbeiter abstürzten, herbeiführte hatte.

Die Gesamtzahl der Rentenempfänger betrug 1908 7594.
 Renten wurden bezahlt an die Verlebten . . . 1 159 797 M
 Hinterbliebenen . . . 329 223
 Ausgaben an Verwaltungskosten . . . 211 454
 Stand des Reservefonds . . . 4 370 832

Thüringische Baugewerks-B-G.

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Löhne und Gehälter insgesamt	durchschnittlich
1907:	5623	98 893	33 872 020	918,11
1908:	5532	97 310	33 980 620	910,80
1906:	5403	96 840	31 787 340	862,30
1905:	5224	95 464	29 194 990	823,79

Die Thüringische Berufsgenossenschaft umfaßt, von allen hier in Frage kommenden Genossenschaften, den kleinsten Kreis von Betrieben und Versicherern. In Bezug auf die 1908 vorgefallenen Unfälle aber steht sie an zweifelhafte Stelle. Auf 1000 Vollarbeiter kamen 41 Unfälle, 1515 im ganzen. Davon waren 19 tödlich, 188 haben eine dauernde teilweise Arbeitsbeschränkung zur Folge. Auch hier sind die meisten Unfälle in der Rubrik: Fall von Leitern, Treppen, aus Lufen, in Vertiefungen. Die beiden technischen Beamten der Berufsgenossenschaft stellen häufige Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften fest.

1908 betrug die Gesamtzahl der Rentenbezieher 2689 Personen.
 Renten wurden ausbezahlt an Verlebte . . . 350 921 M
 Hinterbliebene . . . 88 637
 Verwaltungskosten . . . 57 086
 Reservefonds . . . 1 160 609

Jahresbericht des Bezirks Danzig, Westpr.

Mit einiger Zufriedenheit kann die Bauarbeiterschaft Westpreußens auf das verlossene Jahr zurückblicken. Wenn auch die Baukonjunktur in einigen Orten eine schlechte war, so boten doch eine Anzahl Städte genügend Beschäftigung. So war z. B. in Dirschau, Pelsplin, Schneidemühl und Gersst eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen. In Goppot befehlete sich die Bautätigkeit erst anfangs Herbst. Der Kirchhaus-Neubau und das Logierhaus boten bis Weihnachten einer großen Anzahl Arbeiter Beschäftigung. Zufriedenstellend war auch die Bautätigkeit in Danzig, Langfurt, Oliva, Marienburg und Neustadt. Wenig wurde in Stargard, Starg, Ehrstburg und Schönlanke gebaut. Der regen oder flauen Bautätigkeit noch ist auch der Mitgliederzuwachs oder -verlust zu bemessen. In den Orten Goppot, Schneidemühl und St. Kap verdoppelte sich die Mitgliederzahl der Maurer, über die Hälfte stieg die Zahl der Bauhilfsarbeiter in Goppot. Einen kleinen Mitgliederzuwachs hatten auch die Bauhilfen der Maurer und Zimmerer in Danzig, Oliva und der Zimmerer in Dirschau. In Gersst blieb der Mitgliederbestand erhalten, da der Verlust durch Neuaufnahmen gedeckt wurde. Zurückgegangen sind die Orte Schönlanke und Neustadt um ein Bedeutendes. In ersterem Orte ist dies auf die schlechte Baukonjunktur zurückzuführen, in letzterem Orte waren es folgende Ursachen, die aus der blühenden Bauverwaltung ein Bild der Zerrissenheit geschaffen haben. In den vorausgegangenen Jahren der Hochkonjunktur gelang es durch die straffe Organisation die niedrigen Löhne bedeutend zu steigern. In G. B. bei der vorletzten Lohnbewegung pro Stunde um 9 Pf. Ein großer Teil der Mitglieder glaubt nun, das sei auch bei der jetzt abgeflauten Bautätigkeit möglich. Da das nicht zutrifft, kehrten sie der Organisation den Rücken. Die Mitglieder, die genügend Idealismus besitzen, bleiben treue Anhänger der Organisation. Die Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter, welche zusammengeschlossen ist, hat sich von der Bauverwaltung gelöst und rechnet mit Danzig ab. Die Ursache, weshalb die Zahlstelle der Zimmerer sich verringert hat, ist bereits ausführlich in Nr. 49 der „Baugewerkschaft“ angegeben. Ferner hat uns die polnische Organisation in Pelsplin, Raikau und St. Stargard sehr geschädigt. Durch die Belegung der Bautätigkeit mußte die ganze Kraft eingesetzt werden, die bereits bestehenden Zahlstellen zu stärken. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Hammerstein und Ruhig, letztere am Schluß des Berichtsjahres mit 35 Kollegen. Noch mehr Zahlstellen hätten gegründet werden können, wenn nicht der Bezirksleiter mit einer Menge Kleinarbeit überbürdet würde. Soll es im neuen Jahre besser werden, dann heißt es: Freiwillige vor; Arbeit bringt das neue Jahr noch mehr.

Lohnbewegungen, die mit Arbeitseinstellung verbunden waren, sind nur in Neustadt zu verzeichnen. In Danzig, Oliva, Pelsplin und Goppot gelang es auf dem Wege der friedlichen Verhandlung Löhne abzuschließen. In Danzig und Oliva gemeinsam mit den sozialdemokratischen Organisationen. In Pelsplin und Goppot schlossen wir allein ab. Wenn auch keine großen Erfolge erzielt werden konnten, so wurde doch der bisher erlämpfte Lohn karistisch festgelegt. In Danzig erhielten die Maurer und Zimmerer 1 Pf. pro Stunde und die Bauhilfsarbeiter 2 Pf. mehr; allerdings unter Bestall der Stunde früher Feierabend am Samstag, welche jetzt bezahlt wurde. Am schlechtesten kamen die Stein- und Kalkträger davon; diese mußten einen Penny einbüßen, da die Unternehmer den Einheitslohn von 38 Pf. für die Bauhilfsarbeiter einführen. In Goppot ist der Tarif bis 1911 abgeschlossen und steigt der Lohn vom 1. April ab für alle Berufe um 1 Pf. pro Stunde. Seitens der Genossen hat man recht viel Kritik über den Tarif in Goppot geübt; man redete den Leuten vor, es hätte können mehr erobert werden. Doch die christliche Arbeiterkammer erklärte das Krugbild und schloß sich der christlichen Organisation an, deren Bemühungen den Erfolg zeitigten, daß der um 3-5 Pf. reduzierte Lohn bald erhöht werden mußte und nächstes Jahr um einen Penny steigt. In Oliva wurde seitens der beiden Organisationen der in Danzig abgeschlossene Vertrag zur Anerkennung gebracht. In allen übrigen Orten wurde angefragt der flauen Baukonjunktur von einem Lohnkampf abgesehen und auf das Jahr 1910 verschoben. Die Kämpfe werden sich auch im neuen Jahre schwerer gestalten. Die Arbeitgeber haben sich Kraft organisiert. In einzelnen Orten sind fast alle dem beruflichen Arbeitgeberverbande angeschlossen, so in Danzig, Neustadt, Pelsplin, Dirschau, St. Stargard und Schneidemühl. Angeschlossen dessen gilt es auch für die Arbeiterkassen, sich partei Organisationen zu schaffen und sich in denselben zu lösen und zu bilden. Der Bezirksleiter referierte in 122 Versammlungen, in den übrigen die Kollegen Reuber, Schmid, Krammer und Krause. Korrespondenzen wurden im Besitze des Bezirksleiters in Danzig 11 und in der Provinz 15 abgeschlossen. Vorberparungen über zu führende Lohnbewegungen fanden in Danzig 8 und in

der Provinz 4 statt. Verhandlungen mit den Arbeitgebern befruchteten den Abschluß eines Tarifvertrages haben in Danzig zwei und in der Provinz vierzehn stattgefunden.

Ferner sind vom Bezirksleiter noch in folgenden Organisationen und Vereinen Vorträge gehalten worden: zwei im Arbeiterverein „Emaus“, zwei im Arbeiterverein „Altdorferland“, einer im Arbeiterverein Schönlanke, einer in der Zahlstelle der Schneider Danzigs, einer bei den Heimarbeiterräten in Danzig, vier bei den Eisenbahnern, Bezirk Danzig, einer bei der Zahlstelle der Maler in Goppot, einer bei den christlichen Bauarbeitern in Gersst. Ferner mußte der Bezirksleiter in einer gegnerischen Versammlung unsere christliche Organisation verteidigen. In den übrigen Versammlungen galt es den Organisationsgedanken auszubreiten und zu befestigen.

Wesentlich wie die Versammlungen war auch die schriftliche Arbeit eine große. Es gingen an Postfächer ein: 242 Briefe, 225 Karten, 12 Telegramme, 13 Geldsendungen von den Zahlstellen, 20 Pakete. Demgegenüber steht ein Postausgang von: 282 Briefen, 389 Karten, 362 Drucksachen, 7 Telegramme, 5 Postanweisungen und 6 Pakete. Ferner wurden 39 Schriftstücke in Klagesachen aus dem Arbeitsverhältnis angefertigt. Drei-mal mußte der Bezirksleiter die Kollegen auf dem Amtsgericht, viermal vor dem Gewerbegericht und zweimal vor dem Schiedsgericht der Bauinnung vertreten. Nicht bloß bessere Lohnverhältnisse und Schutz gegen betrügerische Unternehmer wurde angestrebt, sondern es galt auch für unsere Kollegen einzutreten in der Zeit der Arbeitslosigkeit, damit deren Familien vor größerer Not beschützt blieben. Zu diesem Zwecke fanden in Goppot und Oliva große Arbeitslosenversammlungen statt. Dieselben hatten den Erfolg, daß Kostbararbeiten begonnen wurden, als wurden an ganz besonders bedürftige Familien Geldgeschenke und Nahrungsmittel verteilt. In Danzig wurde seitens des Kartells eine Interpellation an den Magistrat gerichtet, doch hat man es hier mehr bei schönen Redensarten, als Taten bewenden lassen. Vergangenen Winter wurden 25 000 M bewilligt zu den Erdbewegungen am Trost. Zu einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ist man noch nicht bereit, trotzdem in der Stadtverordnetenversammlung am 7. Januar d. J. vom Stadtverordneten Krammer und seinen Freunden dafür warm eingetreten wurde. Die Gegner einer solchen Arbeitslosenversicherung haben es eben noch nicht an eigenen Leibe verspürt, wie es den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Familien zumute ist. Wenn auch die Arbeitslosigkeit nicht in dem starken Maße auftritt als im vergangenen Jahre, so trifft es die darunter leidenden Familien ebenso empfindlich. Eine genaue Statistik über die Stärke der Arbeitslosigkeit liegt nicht vor, doch sind einige Zahlen aus dem städtischen Arbeitsnachweis lehrreich. In der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 08 meldeten sich daselbst 1256 Arbeitslose; in der gleichen Zeit des Berichtsjahres nur 937, mithin 25 Prozent weniger wie in 1908.

Auf sozialem Gebiete beteiligte sich die Bauarbeiterschaft an den Protestversammlungen gegen die einseitigen unparitätischen Arbeitsnachweise. Ferner in Goppot und Neustadt am 2. Juni an der Gesellenausschusswahl bei der neugebildeten Bauinnung zu Neustadt, und erzielten wir einen glänzenden Erfolg, indem fast einstimmig unsere Liste gewählt wurde. Auch die am 10. November stattgefundenen Gewerbe-gewerkschaftswahl in Danzig muß erwähnt werden. Wenn auch im Baugewerbe das Bauinnungsschiedsgericht in Frage kommt, so haben doch alle diejenigen zum Siege der christlichen Liste beigetragen, welche nicht bei Innungs-Mitgliedern beschäftigt waren. Der Erfolg war infolgedessen ein glänzender, da, trotzdem diesmal die evangelischen Arbeitervereine sich den S. D. Vereinen angeschlossen, sich die Stimmen der christlichen Wähler seit der letzten Wahl um 343 vermehrten, dagegen die der Sozialdemokraten um 81 zurückgingen. Es bekamen die Christlichen 10, die Sozialdemokraten 11 Sitze. (Früher hatten diese 17 Sitze.)

Es gibt noch vieles aus unserer Arbeit, was Erwähnung verdient, doch der Raum der „Baugewerkschaft“ gestattet es nicht. Im großen und ganzen: es waren freundige und trübe Stunden, die das vergangene Jahr brachte. Mühevoller Arbeit ist auf allen Gebieten geleistet worden. Große Kämpfe stehen uns im neuen Jahr bevor, dunkel liegt die Zukunft vor uns; was wird sie der Bauarbeiterschaft bringen? Die bereits stattgefundenen Verhandlungen geben uns wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Wohl an denn, so rufen wir! Treten wir alle im neuen Jahre ein in eine intensive Agitation, stärken wir unsere Reihen und füllen wir die Reihen. Das wird die beste Rüstung sein. In dieser Stelle allen denjenigen Kollegen meinen Dank, welche unverdrossen mit mir gearbeitet haben. Tuen sie in der Zukunft das gleiche, es gilt unsere gute Sache vorwärtszubringen.

Mit neuem Mut und Begeisterung wollen wir den Kampf aufnehmen gegen alle offenen und versteckten Feinde unserer Organisation. Getreu nach dem Spruch:
 Mit vereinter Kraft man Großes schafft,
 Verloren geht, wer einsam steht.
 Danzig. Heinrich Müller.

Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

A. C. Witterung und Weihnachtsgeschäft haben das ihrige getan, um das Bild des gewerblichen Arbeitsmarktes im Dezember relativ befriedigend erscheinen zu lassen. Denn von der hohen Arbeitslosigkeit des vergangenen Winters kann bisher keine Rede sein. Was aber vielleicht noch wichtiger ist: nicht allein gegenüber den Krisenjahren 1901 und 1902 weist die Lage eine wesentliche Besserung auf, der Andrang am gewerblichen Arbeitsmarkt blieb im Monat Dezember sogar hinter dem der Dezembermonate 1900 und 1903 zurück. Es kamen nämlich an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen im Dezember 1909 durchschnittlich 168,9 Arbeitsuchende gegen 169,6 im November und 200,6 im Dezember 1908. Vergleichen wir mit den Dezemberziffern früherer Jahre, so ergibt sich folgende Entwicklung des Andrangs. Auf je 100 offene Stellen kamen nach den vorläufigen Berichten Arbeitsuchende:

1896	164,1	1902	203,9	1907	162,6
1900	177,9	1903	162,2	1908	200,6
1901	240,6	1904	162,9	1909	168,9

Die Jahre 1896, 1904 und 1907 weisen einen nur wenig niedrigeren Andrang auf als 1909. Seit der vorletzten Krise hat nur der Dezember der beiden Aufschwungsjahre 1905 und 1906 einen erheblich niedrigeren Andrang gebracht als der Dezember 1909. Das Ergebnis an der Besserung im Dezember 1909 aber ist, daß sie ausschließlich durch die kräftige Zunahme der Arbeitsgelegenheit und nicht etwa durch eine Abnahme des Angebotes herbeigeführt ist. Im Gegenteil, die Zahl der Arbeitsuchenden war im Dezember 1909 sogar merklich größer als im selben Monat 1908 und nur dadurch, daß die Zahl der ausgetretenen offenen Stellen um nicht weniger als 20 Prozent über die vom Dezember 1908 hinausgeht, ist die relativ starke Besserung erreicht worden. Und zwar war es in erster Linie die stärkere Nachfrage nach männlichen Arbeitern, die diese bedeutende Zunahme offener Stellen bewirkt hat. Die Nachfrage nach diesen war im Dezember, als der Zahl der offenen Stellen gemessen, um 28 Prozent höher als im Dezember 1908. Es scheint fast, als wolle auf die in der Krise erfolgte starke Verbreitung der Frauenarbeit nunmehr wieder eine Reaktion eintreten. Immerhin haben die offenen Stellen für Weibliche gegenüber dem Vorjahre auch um 10 Prozent zugenommen. Die letzte Nachfrage nach männlichen Arbeitern wurde haupt-

sächlich dadurch bewirkt, daß nicht allein für das Weihnachtsgeschäft wieder beträchtlich mehr Arbeitskräfte als 1908 eingestellt wurden, sondern daß zu gleicher Zeit auch infolge der milden Witterung, die fast den ganzen Monat hindurch bestand, die Arbeiten im Freien, vornehmlich im Baugewerbe, fortgesetzt werden konnten, und wenn auch nicht derart intensiv wie in der wärmeren Jahreszeit gearbeitet wurde, so war doch die Arbeitsgelegenheit bedeutend reichlicher als vor Jahresfrist. Auch die Entlassungen nach dem Weihnachtseffekt sind nicht in dem Grade erfolgt wie im Winter 1908/09.

Rundschau.

Das Arbeitskammergesetz wird voraussichtlich Anfang Februar dem Reichstage zugehen. Der neue Entwurf hat eine Umarbeitung erfahren, die fast zum großen Teile an die Wünsche der Reichstagskommission anlehnt. Als Aufgaben der Arbeitskammer bezeichnet der neue Entwurf Pflege des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen, Erstattung von Gutachten bei Fragen über gewerbliche und wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, ferner das Recht, selbständige Enqueteen über solche Fragen herbeizuführen, und Anteilnahme an der Förderung paritätischer Arbeitsnachweise. Das Wahlverfahren des Entwurfs entspricht den Kommissionsbeschlüssen, doch hat der Entwurf die Wahlfähigkeit der Organisationsbeamten in die Arbeitskammern nicht anerkannt. Das Gesetz soll Betriebsbeamte, Wertmeister und Techniker ausnehmen, so daß diese nicht unter das Gesetz fallen.

Abgelehnte sozialpolitische Beschlüsse des Reichstages durch den Bundesrat. Nach einer dem Reichstag zugegangenen Uebersicht über die Entschlüsse des Bundesrates, u. a. folgende Beschlüsse des Reichstages sozialpolitischer Natur unter den Tisch gefahren bzw. noch nicht erledigt:

Dem Beschlusse, Baukontrollen aus der Arbeiterklasse zuzulassen, konnte keine Folge gegeben werden; die Ermägen über Errichtung eines besonderen Reichsarbeitsamtes, auf das die Obliegenheiten der Arbeiterstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes übergeben sollen, sind noch nicht abgeschlossen; ein Entwurf, betreffend die Unfallversicherung bei Arbeiter, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Vergütung von Gegenständen vorgenommen werden, ist ausgearbeitet, konnte aber mit Rücksicht auf die im Werke befindliche Umgestaltung der übrigen Versicherungsgesetze noch nicht abschließend festgestellt werden; die Bestellung von Militärärzten ist nicht beabsichtigt, dem Bedürfnisse der Jahnpflege in der Armee wird durch für dieses Spezialfach angegebene Sanitätsoffiziere genügt; die Frage, den Abgeordneten das Recht des Berufsgeheimnisses für Dinge ihrer parlamentarischen Tätigkeit anzuerkennen, ist noch in der Schwebe; im Interesse der Sonntagsruhe für Postbeamte hat die Postverwaltung verschiedene den Wünschen des Reichstages entsprechende Anordnungen getroffen; der Erlaß eines Reichsberggesetzes einschließlich der Regelung des Knappchaftswesens wird nicht beabsichtigt, ebensowenig die reichsgesetzliche Einführung der geheimen Wahl der Knappchaftsältesten; die eingeleiteten Erörterungen über einen Entwurf betreffs Befestigung der Gehäusen der Reichsanwaltschaft und der Angehörigen von Krankenkassen und Versicherungsanstalten betreffs Arbeitszeit, Kündigung usw. sind noch im Gange; die Frage, durch internationale Abmachungen dem Handel mit unzüchtigen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen soll auf einer internationalen Konferenz, deren Zeitpunkt noch nicht feststeht, behandelt werden; eine Reform des militärischen Wehrbereiches ist nicht in Aussicht genommen, eine Umarbeitung des Militärstrafrechts ist erst angefangen, wenn das Ergebnis der Reform des bürgerlichen Strafrechts vorliegt; dem Beschlusse, den Militärlaubern freie Fahrt zu gestatten, wurde keine Folge gegeben; die Vorarbeiten für Revision des Patentgesetzes sind eingeleitet worden; die Erhöhung der Soldatenlöhne kann aus finanziellen Bedenken vorläufig nicht stattfinden.

Ausdehnung der Arbeiterkontrolle auf militärische Bauten in Bayern. Kürzlich erließ das bayerische Verkehrsministerium eine Verfügung, wonach die bis dahin von dem ihm unterstehenden Bauten ausgeübten Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften durch Arbeiterkontrollen auf diese ausgedehnt wurde. Diesem Beispiel ist nun auch das Kriegsministerium gefolgt. Die Militärbaudämter wurden beauftragt, die von ihnen auszuführenden Bauten den zuständigen Bau-polizeibehörden anzuzeigen, damit die Kontrolle durchgeführt werden kann.

Zum Reichstarif für das Malergewerbe schreibt uns der Zentralverband christl. Maler: Nachdem die Unparteiischen am 8. Januar die Schiedssprüche in der Lohnausgleich-, Arbeitszeit- und Lohnfrage gefällt, lag es den einzelnen Vertragsparteien (Arbeitsgeberverband, sozialdemokratischer, Kirch- und Dunderfächer u. christlicher Malerverband) ob, eine Entscheidung ihrer Mitglieder herbeizuführen und bis zum 15. Januar cr. eine Erklärung über Annahme oder Nichtannahme der Schiedssprüche an die Herren Unparteiischen in Berlin abzugeben. Diese Erklärungen sind nunmehr erfolgt und haben sämtliche Vertragsparteien mit Mehrheit den Schiedssprüchen zugestimmt und hat demnach der Reichstarif für das Malergewerbe ab 16. Januar 1910 Geltung.

Der Rheinisch-westfälische Verband evangelischer Arbeitervereine veröffentlicht folgende Rundgebung: In der Ausdehnung des Rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine, am 12. Januar zu Witten wurde nachfolgende Resolution einstimmig beschlossen: Das nationalliberale Wahlkomitee Dortmund-Band — unterzeichnet Westermann — hat an eine Anzahl Vorzeichen von evangelischen Arbeitervereinen zwei Schreiben verandt, von denen das eine vom evangelischen Arbeiterverein Schwerin herrührend) dem Verbandsorgan, „Evangelischer Arbeiterbote“ Verletzung der politischen Neutralität vorwirft und behauptet, daß die evangelischen Arbeitervereine dank der Tätigkeit einiger Leute auf dem besten Wege sind, mehr und mehr den neutralen Boden zu verlieren, auf dem sich die verschiedenen Berufe zusammenfinden können; während das andere, von zwei Privatpersonen, E. Thomas und W. Sellner in Kastrup verfaßt, der evangelischen Arbeitervereinsfrage „Verbrüderung mit der ultramontanen Arbeiterbewegung“ vorwirft und den „Evangel. Arbeiterboten“ bezieht, daß „er sich eifrig bemüht, die Mitglieder der Vereine mehr und mehr zentrumsfreundlich zu stimmen“. Demgemäß werden die Empfänger erjudt, in ihren Vereinen eine sich gegen den „Evgl. Arbeiterboten“ ausprechende Resolution fassen zu lassen. Das nationalliberale Wahlkomitee hat diese Schriftstücke der Beachtung empfohlen, also den Versuch gemacht, sich in die inneren Angelegenheiten des Verbandes evangelischer Arbeitervereine zu mischen, so daß dadurch die Vereine in Gefahr wären. Wir weisen dieses Vorgehen des nationalliberalen Wahlkomitees auf das bestimmteste zurück, konstatieren, daß für die in den vorbezeichneten Briefen ausgesprochenen und vom nationalliberalen Wahlkomitee aufgenommenen Behauptungen gar kein Beweisbracht ist, und überlassen das Urteil

ber ein berartiges Verfahren einer politischen Parteiorganisation der Öffentlichkeit.

Der Verbandsausfluß.

Die Lohnbewegung im Holzarbeitergewerbe hat sich, wie dem christlichen „Holzarbeiter“ entnehmen, beartigt zugeht, daß die Aussicht auf eine friedliche Verständigung immer mehr schwindet und die Wahrscheinlichkeit eines gewaltigen Kampfes in greifbarer Nähe gerückt ist.

Ungeachtet der vorstehenden Tatsachen und der großen Bedeutung der diesjährigen Tarifbewegung halten wir es nunmehr ebenfalls für geboten, an das Solidaritätsgefühl und Verbandsinteresse unserer Mitglieder zu appellieren.

- 1. die Situation sofort in einer außerordentlichen Vertrauensmännerversammlung und gleich darauf in einer Mitglieder- oder Generalversammlung zu behandeln;
2. in diesen Sitzungen und Versammlungen zu prüfen, a) ob es möglich ist, für die Jahreshälfte den Lokalbeitrag zu erhöhen; b) einen bestimmten Teil des Lokalvermögens sofort an die Hauptkasse abzuführen.

Schon sind einige Jahreshälften mit gutem Beispiel vorangegangen: Eöln-Ehrenfeld bewilligte für die Hauptkasse 500 M; Köln 1500 M; Düsseldorf 2000 M und Wachen 1000 M.

Dom Casseler Wohnungsmarkt. Nach den Feststellungen des „Statistischen Amtes der Residenzstadt Cassel“ betrug die Gesamtzahl der im Stadtbezirk Cassel überhaupt vorhandenen Wohnungen am 18. Oktober 1909 39 427.

Die glücklichen „Staatsrentner“.

Nach der Reichstatistik wurden im Jahre 1907 insgesamt 980 044 Unfälle durch die Unfall-Versicherungsgesellschaften entschädigt, ferner durch die Invaliden-Versicherungsanstalten 926 796 Invalidenrenten, 33 624 Krankenrenten und 136 416 Altersrenten gezahlt.

Diese Zahlen bilden gewiß ein „Mene tekel“, aber in anderem Sinne, wie das die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ und die ihnen folgende arbeiterfeindliche Presse zu deuten versucht.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Pauer und Bauhilfsarbeiter), Eöln, Rh. (Zimmerergesellschaft Philipp Blum, Löhnerstr. 2), Zugzug ist ferngehalten.

Rheinisch-westfälisches Industriegebiet. Zugzug aus dem Einigungsprotokoll des Einigungsamtes für das Plattengewerbe. vom 11. Januar 1910.

Essen, den 11. Januar 1910. Anwesen d unter dem Vorsitz des Herrn Weigenroten Rath a) von den Arbeitgebern: Franz Haas (Duisburger, Krützenstr. 2), Jaminet (Essen-Rüttenscheid), Heinrich Schö-

ler (Bochum), Otto Denzlinger in Fa. P. Hempelmann (Dortmund) und Louis Aherholt in Fa. Peller (Dortmund); b) von den Arbeitnehmern: Adam Günther (Essen, Diergardtstr. 2), E. Windhoff (Düsseldorf, Grafenberger Allee 286), Albert Bohn (Eöln, Hühnstraße 53), Peter Bübig (Eöln, Gereonswall 66), W. Koch (Bochum, Biemelhauser Straße 13), F. Kahl (Dortmund, Lessingstraße 32); c) als Zeugen: Techniker Kasting in Fa. Hempelmann (Dortmund), Johann Köhnen, Fliesenleger Geißler; d) als Protokollführer: Oberstadtschreiber Reblisch.

In der auf heute nachmittag 5 Uhr anberaumten Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. Antrag der Schlichtungskommission Essen vom 8. Januar 1909 auf Herbeiführung eines Schiedsspruchs hinsichtlich der Anwendung und Auslegung der Tarifstelle 62. Der Protokollführer trug zunächst die in dieser Sache bisher seitens der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes unterm 11. Mai und 18. August 1909 ergangenen Beschlüsse, auf die hier Bezug genommen wird, vor und stellte dann nach längerer Erörterung der Sachlage fest: 1. daß die Herren Marchand sen. - Essen und Klein - Eöln, die an den Vertragsverhandlungen in Eöln teilnahmen, sich in den besagten Einigungsamtsitzungen hinsichtlich der Tarifstelle 62 für die Meinung der Arbeitnehmer ausgesprochen hatten; 2. daß sich die Herren Haas und Denzlinger, welche ebenfalls den Vertragsverhandlungen beiwohnten, in heutiger Sitzung für die Meinung der Arbeitnehmer aussprachen und 3. daß die Firma Hempelmann-Dortmund nach einer von Herrn Bübig vorgelegten Abrechnung über eine Arbeit nach Tarifstelle 62 0,60 M pro Quadratmeter bezahlt hat.

2. Auslegung der Tarifstelle Nr. 5. Die Arbeitgeber erklären, darauf verzichten zu wollen, daß bei der Berechnung von Arbeiten nach Position 5 des Tarifvertrages die durch den Brand der Platten entstandenen Größendifferenzen berücksichtigt werden.

3. Entscheidung der Frage, ob Hauptplatten unter der Decke verarbeitet unter Position 83 des Tarifs fallen. Hauptplatten unter der Decke verarbeitet, sind nach Position 83 des Tarifs zu bezahlen.

4. Auslegung der Nr. 70 des Affordtarifs. Die Tarifstelle 70 erstreckt sich nicht nur auf Platten, sondern auch auf glasierte Verblendeplatten.

5. Nichtbeachtung des Tarifvertrages durch die Firma N. Rosenfeld-Eöln. Die Firma N. Rosenfeld-Berlin - Zweigstelle Eöln - ist nur der Vereinigung der Fliesenarbeiter von Berlin, also keinem Vertragskontrahenten, angeschlossen und kann daher zur Erfüllung des Vertrages seitens des Einigungsamtes nicht mit Erfolg angehalten werden.

6. Einspruch der Firma P. Hempelmann-Dortmund gegen den Schiedsspruch der Schlichtungskommission Dortmund vom 22. Oktober 1909. Herr Denzlinger nimmt namens der Firma Hempelmann den Einspruch vom 30. Oktober 1909 gegen den Beschluß der Schlichtungskommission vom 22. Oktober 1909 zurück und erkennt die Forderung der Fliesenleger Geißler, Jösch und Bösch an.

7. Benennung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Obmänner der Schlichtungskommission im Plattengewerbe. Mit Rücksicht darauf, daß der Vertrag in Kürze abläuft, wird auf Benennung der Arbeitgeber-Obmänner verzichtet. Als Arbeitnehmer-Obmänner kommen in Frage: 1. für Essen: Adam Günther, Diergardtstr. 2, Stellvertreter: Johann Katten, Burgfeldstr. 44; 2. für Eöln: Fr. Gahmann, König-Wilhelm-Str. 76; 3. für Bochum: Franz Serzisko, Friedenstraße 1, Stellvertreter: Germeroth; 4. für Dortmund: E. Pehlen in Deussen bei Dortmund, Dorfstr. 55, Stellvertreter: Heinrich Weikich, Amalienstr. 9; 5. für Duisburg: F. Bernmel, Im Schenk 97, Stellvertreter: Carl Schilling, Steinstraße 28; 6. für Eöln: Albert Preiborn, Severinstr. 199, Stellvertreter: Albert Bohn, Hühnstraße 53; 7. für Düsseldorf: E. Windhoff, Grafenberger Allee 286, Vertreter: Carl Lehmann, Kempforter Str. 19; 8. für Barmen-Eberfeld: Oswald Krieger, Eberfeld, Hedwigstr. 23.

8. Antrag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zweigstelle Barmen) auf Entscheidung der Frage, ob die Preise für neue Muster zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu vereinbaren, oder in den Schlichtungskommissionen festzulegen sind. Die Preise für neue Muster müssen in den Schlichtungskommissionen vereinbart werden.

9. Antrag Bübig auf grundsätzliche Entscheidung, wann eine Arbeit, welche von mehreren Plattenlegern gemeinsam ausgeführt wird, eine größere Arbeit im Sinne der Position 100 des Vertrages ist. Die beantragte grundsätzliche Entscheidung kann nicht getroffen werden; die Festlegung ist vielmehr nur in jedem einzelnen Falle nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse möglich.

10. Der Antrag Bübig auf Preisfestsetzung für Umrahmungen von Bierdeckeln mit 1/4-Streifen und 1/16-Einlage wurde zurückgenommen. Die Preise müssen vor der Schlichtungskommission vereinbart werden.

gez.: Rath, Reblisch.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Dachdecker. Eöln. Am Mittwoch, den 12. Januar, fand im Lokale Keller zu Ehrenfeld unsere Generalversammlung statt.

Der Vorsitzende warf einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr und ermahnte die Kollegen, fleißig wie bisher mitzuarbeiten. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Dieser wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlassung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Kollege Day hielt einen Vortrag über die Zwangsarbeitsnachweise der Arbeitgeber.

die Kollegen, stets so zahlreich die Versammlungen zu besuchen wie heute, schloß er die sehr interessante Versammlung.

Maurer. Am 13. Januar fand unsere Generalversammlung statt, zu welcher die Kollegen sich sehr zahlreich eingefunden hatten.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete unser Vorsitzende Kollege Marschall den Geschäftsbericht. Das Jahr 1909 war auch für die Allensteiner Maurer ein recht bewegtes. Trotz unseres Tarifabschlusses mußten wir uns in drei Fällen die Anerkennung desselben durch Hauspatronen erkämpfen. Versuche von kleineren Unternehmern den tarifmäßigen Lohn zu kürzen, scheiterten an der strengen Disziplin und der gewerkschaftlichen Schulung der Kollegen. Und soll es in Zukunft nicht schlechter werden, dann müssen wir so weiter mit zäher Ausdauer arbeiten.

Am 9. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zum 1. Punkt erstattete K. Meißler die Abrechnung vom vierten Quartal, die von den Kollegen für richtig befunden wurde. Dann gab Vorsitzender Schinner den Jahresbericht bekannt. Er führte aus, daß das vergangene Jahr kein besonders günstiges für unsere Verwaltungsfälle war.

Unsere Jahreshälfte hielt am 27. Dezember ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht über den Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Franz aus Pöten.

Sonderstadt. Am 2. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle eine Versammlung ab. Dieselbe war, obwohl es Winter ist, sehr besucht, es waren nur 23 Mitglieder anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Bericht über den

abgeschlossenen Vertrag mit den Arbeitgebern, 3. Bericht des Delegierten über die Generalversammlung in Münster, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Der Jahresbericht konnte nicht verlesen werden, da die Kassisten die letzte Quartals-Abrechnung nicht gerechnet hatten. Punkt 2. Der Nachtrag lautet: 2. Zu dem am 8. Februar 1908 für das Baugewerbe in Duderstadt abgeschlossenen Tarifvertrag, zu § 3, Arbeitslohn. Der Stundenlohn wird ab 1. September 1909 wie folgt geregelt: Für Maurerarbeiten 38 Pf., für Stetunehelfer 40 Pf., für Bauhilfsarbeiter 35 Pf. Zu § 10. Der Satz „Sollte die Arbeitslohnkurve im Jahre 1909 eine regere sein, um“ fällt weg. Im übrigen bleibt der Vertrag bestehen und wird mit obiger Veränderung bis zum 31. März 1911 verlängert. 3. Punkt. Nach dem der Delegierte Kollege Schwedhelm seinen Bericht erstattet hatte und noch auf einzelne Punkte näher eingegangen war, ging man zu Punkt 4 über. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Wackhausen, als zweiter Vorsitzender Kollege Wiedrecht, als Kassierer Kollege Stalmech und als Schriftführer Kollege Maunhardt gewählt. Weiter wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde der Wunsch ausgesprochen, durch eine rege Winteragitation in den Bahnhöfen unseren Verband möglichst zu stärken.

Grafenwöhr. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Darauf hielt der Vorsitzende Joseph Bruner einen Vortrag. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Joseph Bruner zum Vorsitzenden wiedergewählt, zum Kassierer Max Kreisinger (wieder), als zweiter Vorsitzender und Schriftführer Georg Kopp, als Revisoren Georg Weidler und Martin Pfister, als Beisitzer Karl Schmitt und Christian Hoffmann.

Großhrehrenbrunn. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Der Kassenbericht ergab folgendes: Einnahmen 716,60 M., Ausgaben 98,65 M. Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt. Gewählt wurden Joseph Schner als Vorsitzender, Johann Bolland als Kassierer, Gerhard Mayer als Schriftführer, Meis Götter und Konrad Schönb als Revisoren, Johann Schöber und Johann Wolfmann als Revisoren, Joseph Schmidt und Ludwig Geisler als Hauskassierer. Der Vorsitzende ergriff die Kollegen, in diesem Jahre eifriger für den Verband zu wirken, wie es im verflochtenen Jahre der Fall war. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Hinterwies. Am Sonntag, den 9. Januar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Jahres- und Kassenbericht pro 1909. Die Gesamteinnahme für die Verwaltungsstellenklasse betrug 402,05 M., die Ausgaben 109,11 M., abgesetzt wurden somit 292,94 M. Die Einnahmen für die Lokalkasse betrug nicht Kassenbestand pro 1908 108,60 M., die Ausgaben 45,05 M.; bleibt Kassenbestand am 1. Januar 1910 63,55 M. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt als Vorsitzender Seb. Geißler, als Kassierer Joseph Schumann, als Schriftführer Joh. Brenning und als Revisor Adam Des. Zum Hauskassierer wurde Koll. Lorenz Jester bestellt. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl an und verpflichten ihre Pflicht zu erfüllen. Der Vorsitzende ermahnte dann die Kollegen, auch ihre Winterbeiträge so zu leisten wie die ordentlichen Beiträge, denn diese seien, mit einer einzigen Ausnahme, richtig geleistet worden. Er munterte dann die Kollegen auf, mehr als bisher für unsere gute Sache zu agitieren, denn ein jeder Kollege soll ein Agitator sein, mit einigen guten Willen könnte gar vieles erreicht werden.

Hainzell. Die diesjährige Winterzahlstelle hielt am 11. Januar die erste Mitgliederversammlung ab. Es waren von 50 organisierten Maurern ganze 18 erschienen. Kollegen, was soll man davon halten? Die Zeit ist doch viel zu ernst, um auf der Barockhaut sich auszuheben. Auf der Tagesordnung stand 1. Wahl des Vorstandes, 2. Verschiedenes. Es wurde gewählt: Kollege Adam Hönikel als erster, Kollege Wien als zweiter Vorsitzender; Kollege Wöhr als Schriftführer; Kollege Bloch als Kassierer. Über den schlechten Besammlungsbesuch wurde lebhaft Beschwerde geführt. Kollegen, es ist eure Pflicht, in den Versammlungen zu erscheinen. Oder wollt ihr alle dem Verband den Rücken kehren? Wie schnell ist der erste April da, und ob dann die Verhandlungen soweit gediehen sind, daß in Frieden ein Tarif zustande kommt, das ist eine Frage. Darum, Kollegen, stellt euren Mann wie in den vergangenen Jahren und erscheint alle vollzählig in den Versammlungen. Einigkeit macht stark.

Jossa. Am 15. Januar hielten die hiesigen Kollegen eine Versammlung ab. Kollege Hasenauer sprach über die gegenwärtige Lohnbewegung. Die anwesenden Kollegen erklärten als treue Anhänger der Organisation ihre Schuldigkeit nach jeder Richtung hin zu erfüllen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Hasenauer gewählt.

Langeviese (Kreis Wittgenstein). Unter den hiesigen Bauhandwerkern macht sich der Organisationsgedanke ebenfalls bemerkbar. Die Kollegen haben auch allen Grund dazu, denn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht glänzend. Die Bauhilfsarbeit ruht ziemlich 4-5 Monate im Winter. Während des Winters müssen nun die Kollegen Holzschmiederei betreiben, aber diese Arbeit wird ebenfalls sehr knapp bezahlt. Um daher die wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist es notwendig, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Am 13. Januar fand in dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Bruner (Paderborn) hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Der Vortrag machte Eindruck und es ließen sich 11 Kollegen aufnehmen, eine Anzahl erklärte sich bereit später einzutreten. Hierauf wählte die Versammlung den Kollegen Georg Trapp als Vertrauensmann. In einer späteren Versammlung soll dann der Vorstand gewählt werden. Kollegen von Langeviese und Umgegend! Der Grundstein ist gelegt, tragt Sorge, daß der Gedanke der Organisation immer mehr sich verbreitet, damit wir an die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herantreten können. Jetzt heißt es: „Fiel erkannt, Kräfte angespannt“. Jeder Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter muß Mitglied seiner Ständesorganisation werden und dieses ist der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Lüge. Am Sonntag, den 26. Dez., fand im Vereinslokale unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bruner über die Entwicklung unseres Verbandes, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Im ersten Punkte schilderte uns Kollege Bruner die Entwicklung unseres Verbandes; besonders führte er uns vor Augen, welche Mühe und Arbeit es gekostet hat, um die christlichen Gewerkschaften auf die Höhe zu bringen, welche sie heute erreicht haben. In klarer Weise schilderte er uns den Arbeitsnachweis, welchen uns die Arbeitgeber aufzwingen wollen. Er legte den Kollegen ans Herz, daß am 31. März sämtliche Tarife für Rheinland und Westfalen ablaufen und wir daher einer ersten Zeit entgegengehen. Sollte es zum Kampfe kommen, aber dann auch keine Opfer und Mühe zu scheuen, um den Sieg auf unsere Fahne zu heften. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurde gewählt als erster Vorsitzender Johann Hübner, als zweiter Joseph Gehlagung als erster Kassierer Heinrich Wess, als zweiter August Kleine, als erster Schriftführer Joseph Kobermeier, als zweiter Andreas Schösch; als Hauskassierer Joh. Hübner und Andreas Schösch. Zu Revisoren Heinrich Fiesch und August Träger. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Da im „Verschiedenes“ die Entschädigung für die Vorstandsmitglieder nicht mehr geregelt werden konnte, wurde es vertagt bis zur nächsten Versammlung. Es wurde bewilligt für den ersten Vorsitzenden pro Quartal 6,25 M., für

den ersten Schriftführer pro Quartal 3 M., für die Hauskassierer in der Beitragszeit 3 Prozent, in der Beitragszeiten Zeit 2 Prozent je Beitrags. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. **Niederbreiden.** Unsere Zahlstelle hielt am 9. Januar ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Jahresbericht, 2. Quartals- und Jahresrechnung, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Unser erster Vorsitzender J. Franz Schneider eröffnete die Versammlung mit dem Bedauern, daß sie so schwach besucht sei. Er wies darauf hin, daß es notwendig sei, einen Rückblick auf das verflochtene Jahr zu werfen, um den Gang der Zahlstelle zu beurteilen. Er erstattete hierauf den Jahresbericht und tadelte den schlechten Besuch der Versammlungen. Aber im Gegensatz dazu sind die Kassenverhältnisse gute und geordnete und haben alle bis auf einen ihre Pflicht erfüllt und die Schuldenlast gelöst. Die Zahl der Mitglieder beträgt im Sommer 75-80. Abgereist waren 50 Kollegen, so daß sich die Zahl der im Winter hier anwesenden Kollegen auf 130 beläuft. Erfolgreich ist, daß alle junge Leute von hier der christlichen Gewerkschaft angehören. Alsdann erstattete Kassierer Aug. Stiller die Quartals- und Jahresrechnung. Aus derselben geht hervor, daß die Kassenverhältnisse sich gegen das Vorjahr wieder etwas gebessert haben. Die Einnahme für die Verwaltungsstelle Frankfurt ergab 1523,10 M. Veranschlagt wurden: für Krankenunterstützung 136,65 M., an Steuerbegeld 37 M., an Streckunterstützung 11,88 M., für Agitation 12,51 M., 71,3 Prozent der verkauften Marken 110,85 M., zusammen 208,89 M.; verblieben der Verwaltungsstelle 1214,21 M. Lokalkasse: Einnahme 245,13 M., Ausgabe 121,86 M., bleibt Bestand von 123,27 M. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: erster Vorsitzender J. Franz Schneider, zweiter Heinrich Stein; erster Kassierer August Stiller, zweiter Joseph Genoll; erster Schriftführer Mathias Kremer, zweiter Hans Brey; Revisoren: G. Wilt, Stiller und Johann Kremer; Hauskassierer: J. Franz Schneider und Martin Stiller. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Dietrich in Sachsen. Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst wurde die Abrechnung des vierten Quartals bekanntgegeben. Die Einnahmen der Zentrale betrugen 111,84 M., die der Lokalkasse 157,02 M., lokale Ausgaben 66,32 M., mithin Bestand fürs nächste Quartal 191,79 M. Beitragsmarken wurden im Jahre 1909 für 725,80 M. verkauft. Seit Gründung unserer Zahlstelle wurden an die Zentrale eingekassiert: im Jahre 1907: 404,55 M., in 1908: 529,57 M., in 1909: 570,27 M.; Summa 1504,39 M. Die Mitgliederzahl vom 3. Quartal 1909 ist 48; davon sind 29 Maurer, 13 Zimmerer, 1 Dachdecker, 5 Bauhilfsarbeiter. Hierauf wurde dem Kassierer, der seinen Verpflichtungen gut nachgekommen ist, Entlastung erteilt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Versammlungen in diesem Jahre besser zu besuchen, als im Vorjahre. In 1909 fanden 12 Versammlungen statt und 4 Vorstandssitzungen. Als Referenten erschienen Kollege Pfeffer (Breslau), Schmidt (Berlin), Hübner und Kabus. Nun schritt man zur Vorstandswahl, bei der folgende Kollegen gewählt wurden: als erster Vorsitzender Kollege Scheffel, als zweiter Donat; als erster Kassierer Koll. Pöschel, als zweiter Koll. Heibich; als Revisoren die Koll. Schwarzbach und Eichler; ein Schriftführer: wick später gewählt. Als Vertrauensmann für Grunau wurde Kollege Donat, für Schönfeld Kollege Scheffel, für Dietrich Kollege Bordsch, für Altstadt und Kusdorf Kollege Schönberger und für Blumberg Kollege Lachmann gewählt. Hierauf forderte der Vorsitzende die Gewählten auf zu eifriger Mitarbeit in allen Angelegenheiten der Organisation, auf daß unsere Zahlstelle auch in Zukunft, wie bisher, wachse, blühe und gebeie. Ein weiterer Beschluß der Versammlung ging dahin, daß jedes Mitglied, welches vom Tode hinweggerafft wird, einen Kranz mit Schleife und Aufschrift erhält. Auch möchte den Kollegen stets in Erinnerung bleiben die Beschüsse unserer Zahlstelle und auch die der Bezirkskonferenz. Nun, Kollegen, nochmals auf zur Agitation in Dietrich und Umgebung; ein jeder Kollege muß helfen am weiteren Ausbau unserer Zahlstelle. Aufklärung muß endlich geschaffen werden, hauptsächlich bei den sozialdemokratischen Organisations, die ihrer inneren Überzeugung nach zu uns gehören, bis jetzt jedoch immer noch als Willkürer oder sogenannte zahlende Mitglieder an dem roten Verbanne hängen. Die bevorstehende Lohnbewegung erfordert, daß jeder einzelne Kollege eintritt für die Organisation.

Hornthal. Ein sehr reges Gewerkschaftsleben zeigt sich jetzt wieder unter den hiesigen Kollegen. Am 2. Januar hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, welche von 37 Kollegen besucht war. Kollege Hesse (Frankfurt) referierte über die bevorstehenden Vertragsverhandlungen. Der Redner hob aus dem Vertragsmuster die einzelnen Punkte hervor, welche für uns unannehmbar seien, und verurteilte das Verhalten der Arbeitgeber, welche dadurch den Frieden sehr gefährdeten. In der Diskussion wurde der einseitige Arbeitsnachweis scharf verurteilt. 6 Kollegen ließen sich neu aufnehmen. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Quartals- und Jahresbericht gab Kollege Werfel bekannt, auf Antrag der Revisoren wurde denselben Entlastung erteilt. In der Vorstandswahl wurden gewählt: als erster Vorsitzender Moys Ott, als zweiter Gastav Weber, als erster Kassierer Kaspar Werfel, als zweiter Karl Hiss, als erster Schriftführer Schenck, als zweiter Viktor als Revisoren Wilhelm Weisker und Joseph Korn. Zum Schluss forderte der Vorsitzende alle Kollegen zur eifrigsten Agitation für den Verband auf, aber nicht nur wenn ernste Gefahr broht, zum Verbanne zu halten, sondern auch bei Friedenszeiten, damit die Arbeitgeber sich unsere Laufzeit und Gleichgültigkeit nicht zu ihren Gunsten ausnützen, sondern uns jederzeit stark und gerüstet sehen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Strinbach. Am 16. d. Mts. fand im Hartungshaus Lokale die Generalversammlung der hiesigen Kollegen statt. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden wurde zuerst eine Revision der Verbandsbücher vorgenommen. Darauf wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen; da nach Prüfung derselben keinerlei Einwendungen erfolgten, wurde dem Rechnungsleger Entlastung erteilt. Die hierauf erfolgte Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Die nächste Versammlung wurde auf den 30. Januar festgesetzt.

Walden (Oberhsl.). Am Sonntag, den 2. Januar, hielt unsere Zahlstelle eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vorstandswahl. Kollege Thoral behandelte das uns von dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe unterbreitete Vertragsmuster, welches den bisherigen Tarifbestimmungen gegenüber bedeutende Verschlechterungen aufweist. Weiter legte er uns die Gefährlichkeit der einseitigen Arbeitsnachweise klar, die durch Beispiele aus der Geheimpraxis der Unternehmer-Arbeitsnachweise ergänzt wurde. Im zweiten Punkt wurde hervorgehoben, daß künftig die Versammlungen besser besucht sein müssen. Es soll sich ein jeder Kollege zur Pflicht machen, in keiner Versammlung zu fehlen. Stehen wir doch vor einer großen Lohnbewegung. Mancher Kollege denkt schon jetzt daran: Wie wird es nächstes Frühjahr werden? Darum sollte sich jeder Kollege zur Pflicht machen, ein eifriger Agitator zu sein; jetzt im Winter ist die beste Gelegenheit dazu, damit unsere Reihen gestärkt werden. Nur dann können wir uns den Arbeitgebern gegenüberstellen und Verschlechterungen abwehren. Alsdann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl gingen hervor: als erster Vorsitzender Koll. Theob. Wöhr (wiedergewählt), als zweiter Vorsitzender Koll. Stanislaus Morawa, als erster Kassierer Koll. Joh. Syma (wiedergewählt), als zweiter Kassierer Koll. Joh. Schwarzer, als Schriftführer Koll. Joh. Potanik und Koll.

Koll. Kosubek, als Hauskassierer für Walden die Koll. J. Bieckorek und Joh. Ostera, für Grodolsch der Koll. M. Bierzinka, als Revisoren die Koll. Paul Weibera und M. Fuhrmann. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die Besprechung verschiedener Fragen wurde die lehrreiche Versammlung geschlossen.

Winkels. Am Montag, den 3. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht über die Konferenz zu Oberod, 4. Lokalfrage, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Koll. Wecker den Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft worden war. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf gingen wir zur Vorstandswahl. Als Stellvertreter unseres bisherigen Vorsitzenden wurde Kollege Joseph Wecker gewählt. Als erster Kassierer wurde Kollege Wilhelm Wecker wiedergewählt. Als erster Schriftführer Joseph Hefz wiedergewählt, als Revisoren die Kollegen Joseph Hefz und Wilhelm Diehl. Im dritten Punkt gab Koll. Hefz einen kurzen Bericht von der Konferenz zu Oberod. Punkt 4 (Lokalfrage) konnte schnell erledigt werden, da wir das alts beibehalten. Im Punkte „Verschiedenes“ ermahnte unser Vorsitzender Herrn die Vertrauensmänner, eifrig zu agitieren und eine Hausagitation vorzunehmen; die Kleinarbeit müsse manchmal mehr als eine große Versammlung. Wenn wir dieses so folgten, dann würden wir auch wiederum im Frühjahr mit Hilfe der Organisation einen Vertrag zum Nutzen der Kollegen abschließen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands fand die Versammlung ihr Ende.

Soziale Wahlen.

Wanne. Die am 20. Dezember 1909 getätigten Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer zum hiesigen Gewerbegericht endeten mit einem glänzenden Siege der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Stimmen: die Liste der christlichen Gewerkschaften 7, die der sozialdemokratischen Gewerkschaften 23. Trotz der rassisten Taktik der soz. Gewerkschaften war diese Wahl für eine schmachvolle Niederlage. Sie hatten es für nötig befunden in einer ihrer vor der Wahl stattgefundenen Wählerversammlungen unsere Kollegen tätlich anzugreifen. Unsere Kollegen haben ihnen bei der Wahl die richtige Antwort gegeben. Die schof Handlungsweise der Genossen zeigt unsern Kollegen aber zu Genüge, daß sie auch in Zukunft treu zusammenhalten müssen.

Von den Arbeitsstellen.

Utteneffen. Am Freitag, den 14. Januar, fiel der Kollege Görg am Neubau des Unternehmers Weiffen in der Schulstraße auf bis jetzt unaufgeklärte Weise von der zweiten Etage bis zu Erde. Görg trug außer einem Armbruch schwere innere Verletzungen davon. Jedoch soll für sein Leben keine Gefahr bestehen. Er fand Aufnahme im Krankenhaus zu Utteneffen. Wäre außer eine Schutzvorrichtung gewesen, hätte sich der Unfall wenn auch nicht gänzlich vermeiden, so doch bedeutend abgemildert lassen.

Verlu. 22. Januar. Bei einem Einsturz auf einem Neubau verunglückten heute 6 Arbeiter auf einem Grundstück an der Ecke der Riberda- und Mauritiuststraße zu Nizdorf. Der Bau, den ein Friedenauer Genossenschaft dort errichtet, war bis zum 1. Stock gediehen, als die Innenwände und die Balkenlage plötzlich in Bewegung gerieten und zusammenbrachen, während die Außenmauern stehen blieben. 6 Arbeiter, zum größten Teil Steintäger, erlitten Verletzungen, die sich auf der Unfallstation 12, wo die Verunglückten die erste Hilfe erhielten, zum Glück als leicht erwiesen. Die Untersuchung der Ursache des Einsturzes ist noch nicht abgeschlossen. Es wird vermutet, daß die andauernde Kälte die Haltbarkeit des Bindemittels geschwächt hat. Der Bau wird von Affordmurer ausgeführt.

Charlottenburg. 19. Januar. An einem Neubau in der Sifinger Straße, der bereits bis zum Dach gediehen ist, gab plötzlich das in der vierten Etage befindliche Gerüst nach und stürzte in sich zusammen. Die Steifen und Rundhölzer durchschlugen die dritte Etage und wurden im zweiten Stockwerk von den eisernen Trägern aufgefangen. Drei Maurer, die sich gerade auf dem Gerüst befanden, wurden mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Es sind dies: die Maurer Wulendorf, Wüdelmann und Kaps. Wulendorf, der sehr schwere innere und äußere Verletzungen davongetragen hat, fand Aufnahme im Krankenhaus Moabit, wo er sehr bedauerlich dankeberdig Wüdelmann und Kaps, die gleichfalls schwere Verletzungen erlitten, wurden auf ihren Wunsch nach ihren Wohnungen gebracht. Die hauptzeitliche Untersuchung ergab als Ursache des Unfalls, daß dieser durch das zu scharfe Abwerfen der Mauersteine auf das Gerüst und ferner durch das nicht ganz einwandfreie Material entstanden ist.

Briefkasten.

Nach Trier. Wir können unmöglich jetzt noch die Anzeige aufnehmen. Da hättet Ihr dem Vorsitzenden schon früher auf's Dach steigen sollen. Gruß.

Bekanntmachungen.

An die Verwaltungsstellen-Kassierer.
Wir weisen nochmals darauf hin, daß die überzähligen Beitragsmarken vom Jahre 1909 mit der Abrechnung einzusenden sind. Bevor dieses nicht geschehen ist, werden Marken-Bestellungen für dieses Jahr nicht berücksichtigt.
Der Hauptvorstand. J. A.: Fr. Jacobi.

Aufforderung. Allen Kollegen, welchen der Aufenthalt der Maurers Adam Maier, geb. 20. April 1882 zu Niederbreiden (Westertal) bekannt ist, werden erucht, dieses umgehend der Verwaltungsstelle Düsseldorf, Georg Kasteleiner, Luisenstraße 37, mitzuteilen.

Sterbefaßl.

Am 9. Januar starb plötzlich unser treuer Kollege Joseph Wanda aus Weihenborn (Eichsfeld) an den Folgen eines Ende November v. J. erlittenen Baumsturzes.
Zahlstelle Wittgenstein.
Am 14. Januar starb unser Mitglied Joseph Narey im Alter von 19 Jahren infolge Lungenerkrankung.
Verwaltungsstelle Beckum (W.).
Ehre ihrem Andenken!